

Die Linksregierung und die Frauen: Zur Geschlechterpolitik nach der Wahl von François Hollande

Eydoux, Anne

2012

<https://doi.org/10.25595/3345>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eydoux, Anne: *Die Linksregierung und die Frauen: Zur Geschlechterpolitik nach der Wahl von François Hollande*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 21 (2012) Nr: 2, 147–150. DOI: <https://doi.org/10.25595/3345>.

Pegelow, Katja/Engelmann, Jonas (Hg.), 2011: Riot Grrrl Revisited. Geschichte und Gegenwart einer feministischen Bewegung. Mainz.

Penrose, Virginia/Ruppert, Uta, 1996: Versuch einer grenzüberschreitenden Verständigung. Eine Einleitung. In: Lemke, Christiane/Penrose, Virginia/Ruppert, Uta (Hg.): Frauenbewegung und Frauenpolitik in Osteuropa. Frankfurt/M., New York, 7-14.

Quiring, Manfred, 2006: Russlands Medien – gleichgeschaltet demokratisch. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12, 1433-1436.

Rotkirch, Anna/Temkina, Anna/Zdravomyslova, Anna, 2006: Who Helps the Degraded Housewife? Comments on Vladimir Putin's Demographic Speech. In: European Journal of Women's Studies. (14) 4, 349-357.

Schreiner, Karl, 1994: Maria. München, Wien.

Siegert, Jens, 2012: Politische Opposition in Russland. In: Russland-Analysen 232, 6-9.

Stark, David, 1995: Not by Design. The Myth of Designer Capitalism in Eastern Europe. In: Hausner, Jerzy/Jessop, Bob/Nielsen, Klaus (Hg.): Strategic Choice and Path-dependency in Post-socialism. Brookfield, 67-83.

The Economist's Intelligence Unite, 2011: Democracy Index 2011. Internet: https://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex2011 (08.08.2012).

Windisch, Elke, 2012: Frauentaufstand gegen Putin. Die russische Punkband Pussy Riot fordert die Obrigkeit heraus und muss dafür büßen. In: Der Tagesspiegel (20.03.2012).

Die Linksregierung und die Frauen: Zur Geschlechterpolitik nach der Wahl von François Hollande

ANNE EYDOUX

Die Wahl von François Hollande am 6. Mai 2012 zum Präsidenten von Frankreich hat bei zahlreichen Feministinnen Hoffnungen geweckt. Hollande war Unterzeichner des Gleichheitspakts (Pacte pour l'Égalité) und hat sich zu „Vierzig Aktionspunkten für die Gleichheit von Frauen und Männern“ verpflichtet, die von der politischen Gleichstellung über den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen bis hin zur Förderung von beruflicher Gleichstellung und dem Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren reichen. Als Sozialist steht er in einer politischen Tradition, die sich in vielerlei Hinsicht um die Herstellung von Geschlechtergleichheit verdient gemacht hat. Der Aufbau eines so genannten Staatsfeminismus, eines Zusammenspiels öffentlicher Institutionen, mit dem Ziel, Frauenrechte und Geschlechtergleichheit zu fördern, wurde ab der ersten Hälfte der 1980er Jahre zu einer zentralen Agenda linker Regierungen. So ist Yvette Roudy, Ministerin für Frauenrechte, das ursprünglich am 13. Juli 1983 verabschiedete Gesetz zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern zu verdanken. Auch wenn die Konservativen nichts unternommen haben, um die Gleichstellungspolitik zu unterbinden, zeigten sie sich doch weniger geneigt, gleichstellungspolitische Institutionen zu unterstützen: So gab es

beispielsweise zwischen 2007 und 2012 kein Ministerium für Frauenrechte und Geschlechtergleichheit.

(Zögerliche) Fortschritte bei der politischen Gleichstellung

Am Tag nach der Wahl von François Hollande konnten sichtbare Fortschritte bei der politischen Gleichstellung beobachtet werden. So wurde nicht nur das Ministerium für Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung wieder etabliert, deren Ministerin Najat Vallaud-Belkacem gleichzeitig Regierungssprecherin ist. Auch wurde eine strenge Geschlechterparität bei der Ernennung der MinisterInnen eingehalten. Des Weiteren kann eine „Feminisierung“ der Nationalversammlung infolge der Parlamentswahlen am 17. Juni 2012 verzeichnet werden: Frauen stellen nunmehr fast 27% der Abgeordneten, was eine Steigerung um 8 Prozentpunkte gegenüber der vorhergehenden Legislaturperiode bedeutet (18,5%). Das Paritätsgesetz (Loi sur la Parité) aus dem Jahr 2000 hatte die Parteien zwar angehalten, mehr Kandidatinnen aufzustellen, um Sanktionen zu vermeiden, aber nur wenige hatten sich daran gehalten. In dieser Hinsicht war die Parti Socialiste (PS) stets konsequenter als die konservative Union pour un Mouvement Populaire (UMP), die Partei des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy; der klare Sieg der PS ließ auch die Zahl der weiblichen Abgeordneten anwachsen.

Ogleich diese Veränderungen bedeutsam sind, sollten nach wie vor bestehende Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Politik nicht ausgeblendet werden. Innerhalb der Regierung ist der Premierminister ebenso ein Mann wie der Präsident und nur ein Schlüsselressort (Justiz) wurde einer Frau anvertraut (Christiane Taubira). Die Ministerbüros werden weiterhin fast ausschließlich von Männern geleitet. Wenngleich die aktuelle Zusammensetzung der Nationalversammlung einen wichtigen Schritt für die „Feminisierung“ in der Politik bedeutet, ist der Frauenanteil insgesamt nicht zuletzt im internationalen Vergleich sehr schwach: So ist Frankreich lediglich vom 69. auf den 34. Platz aller gleichstellungsorientierten Staaten vorgerückt und damit deutlich schlechter platziert als etwa Algerien, das bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 einen Frauenanteil von 32% erreicht hat (vgl. <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>). Ein solcher Platz spiegelt sich auch im allgemeinen Machismus in Frankreich wider: So wurde im Juli 2012 einer linken Abgeordneten von ihren männlichen Kollegen der Rechten nachgepiffen: und zwar aufgrund ihres geblühten Kleids!

Ein Gesetz gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Eine andere sichtbare Maßnahme der aktuellen Regierung ist die rasche Initiative zur Schließung der Gesetzeslücke im Bereich der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz. Die Angelegenheit war dringend, da das Gesetz gegen sexuelle Belästigung am 4. Mai 2012 aus heftig umstrittenen Gründen außer Kraft gesetzt wurde. Ein Abgeordneter und Jurist, der durch den Cour d'Appel (entspricht in etwa dem Oberlan-

desgericht) wegen sexueller Belästigung an drei städtischen Angestellten verurteilt worden war, hatte sich mit einer dringlichen Anfrage zur Konformität des Gesetzes mit der französischen Verfassung (QPC, Question Prioritaire de Constitutionnalité) an den Conseil Constitutionnel (entspricht dem bundesdeutschen Verfassungsgericht) gewandt. Er vereinnahmte die Kritik der Frauenverbände an der zu unpräzisen Definition sexueller Belästigung und behauptete, dass diese das Risiko berge, „akzeptable Anmache“ als sexuelle Belästigung zu bezeichnen. Die feministischen Vereine vertraten jedoch im Gegenteil die Ansicht, dass die unpräzise Gesetzesformulierung Angreifern so stark entgegenkommt, dass nur sehr wenige Verurteilungen ausgesprochen werden. Die Entscheidung des Conseil Constitutionnel, das Gesetz gegen sexuelle Belästigung außer Kraft zu setzen, setzte allen laufenden Verfahren ein Ende.

Mit ihrer Ernennung haben die beiden Ministerinnen für Justiz und für Frauenrechte versprochen, zügig einen neuen Gesetzesentwurf auf den Weg zu bringen, der stärker mit den EU-Richtlinien konform geht. Eine erste Version des Gesetzestextes, die im Juli 2012 vorgelegt wurde, wurde vom Europäischen Verband gegen Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz (AVFT, Association européenne contre les Violences faites aux Femmes au Travail) vehement kritisiert. Änderungen, die diese Kritik aufgreifen, wurden zwar noch vor der endgültigen (einstimmigen) Annahme des Gesetzes im Parlament am 31. Juli 2012 in den Text eingearbeitet. Laut der Generalvertreterin von AVFT, die von einem „überstürzten Gesetzgebungsprozess“ spricht, werden im Text allerdings weiterhin bestimmte Situationen vom Tatbestand der sexuellen Belästigung ausgeschlossen, z.B. der Sachverhalt, dass ein Arbeitgeber die Beförderung einer Beschäftigten daran knüpft, „einen Abend mit ihm zu verbringen“.

Defizite in der beruflichen Gleichstellung

Jenseits dieser Strategien zur Geschlechterparität bei PolitikerInnen und zur Gesetzesinitiative bezüglich sexueller Belästigung am Arbeitsplatz stellt die aktuelle französische Politik jedoch kaum einen Wendepunkt hinsichtlich der beruflichen Gleichstellung von Frauen dar. Im Kontext der Krise, die zuerst den industriellen Sektor, vor allem die Automobilbranche, getroffen hatte, versuchte die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre, insbesondere der Erwerbslosigkeit entgegenzuwirken bzw. die von Umstrukturierungen betroffenen Erwerbslosen zu unterstützen. Dabei handelte es sich um Maßnahmen, von denen überwiegend Männer profitiert haben. Der Rückgriff auf Kurzarbeit vervielfachte sich von Ende 2008 bis Herbst 2009 auf das zwanzigfache, Männer stellten 75% der KurzarbeiterInnen dar (im Vergleich zu 66% Männern im Normalarbeitsverhältnis). Mit den sich ankündigenden neuen Umstrukturierungen werden sich jene staatlichen Bemühungen erneut verstärken, die vorwiegend den Beschäftigungsverhältnissen von Männern zugutekommen. Hingegen wurden überhaupt keine Maßnahmen ergriffen, die zur Eindämmung der Prekarität bei Frauen (Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Abwertung von Frauenarbeitsplätzen) beitragen.

Hinsichtlich der beruflichen Gleichstellung hat die Krise der französischen Politik, die auf den Sozialpartnern und dem Voluntarismus der Arbeitgeber beruht, keine andere Richtung gegeben. Immerhin wurde die berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen auf der Sozialkonferenz, auf der sich Regierung und Sozialpartner am 9. und 10. Juli 2012 getroffen haben, zu einem der Verhandlungsthemen gemacht. Es wurde vorgeschlagen, das Gesetz vom 9. November 2010 zur Rentenreform zu novellieren, das Arbeitgeber mit mindestens 50 Beschäftigten unter Androhung von Sanktionen zu einem präzisen Aktionsplan zur beruflichen Gleichstellung verpflichtet. So sollten die ursprünglich wenig abschreckenden und ineffektiven Sanktionen nunmehr mithilfe von Geldstrafen mehr Wirkung zeigen. Wie im letzten März bereits der Rat für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (CESE, Conseil Economique, Social et Environnemental) angemerkt hat, bleiben jedoch die Wirkungen der französischen Gesetzgebung im Bereich der beruflichen Gleichstellung (neun Gesetze in vierzig Jahren!) in den Unternehmen sehr begrenzt. Und es ist nicht sicher, ob eine verbesserte Anwendung von Sanktionen ausreichen würde, um dem abzuhelpfen.

Sozialpolitische Reformen benachteiligen häufig Frauen

Im Bereich der sozialen Sicherheit sind die Rechte von Frauen am anfälligsten. Frauen riskieren die Kosten einer Sparpolitik tragen zu müssen, in der sich die neue französische Regierung gerade im Namen der Reduzierung des Staatsdefizits engagiert. Eine Reihe von Reformen berühren im Besonderen die sozialen Rechte von Frauen: Im Bereich der Rente hat der lange Prozess der Rentenreformen, der beispielsweise zur Verschärfung der Anforderungen an die Dauer der Beitragszahlungen geführt hat, vorrangig Frauen bestraft, deren berufliche Entwicklung häufiger durch Teilzeitarbeit und Erwerbsunterbrechungen gekennzeichnet ist. Die wenigen ihnen zuerkannten „Vorteile“ oder das im Juli im Rahmen der Sozialkonferenz angedachte Projekt, die Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung stärker zu berücksichtigen, stellen im Gesamtprozess eine eher dürftige Kompensation dar. Bezogen auf die Gesundheitsversorgung und die Krankenversicherung haben die Sparmaßnahmen der Vorgängerregierungen dazu geführt, dass der Anteil der privaten Gesundheitsausgaben angewachsen ist. Damit wurden vor allem Frauen bestraft, da diese aus Kostengründen deutlich häufiger als Männer auf eine medizinische Behandlung verzichten, wie eine Erhebung aus dem Jahr 2008 (ESPS, Enquête Santé Protection Sociale) zeigt. Hinsichtlich der Grundsicherung geht die Entwicklung der letzten Jahre, den Schwerpunkt verstärkt auf aktivierende Maßnahmen zur Wiederaufnahme von Erwerbsarbeit zu richten, einher mit einer sehr schwachen Anhebung der gewährten Beträge. Dies hat gewisse, als besonders verletzlich geltende Gruppen wie z.B. alleinerziehende Mütter der Armut ausgesetzt. Und schließlich sind Frauen insbesondere von sozialen Einschnitten wie der Kürzung des Budgets für Notunterkünfte in Paris im letzten Jahr betroffen, die eine Schließung des einzigen Zentrums ausschließlich für Frauen zur Folge hatte.